

Kleine Anfrage

**der Abg. Emely Knorr, Hans-Peter Hörner und Nikolaos Boutakoglou
AfD**

Verpflichtendes und gebührenfreies letztes Kita-Jahr – Umsetzung, Finanzierung und kommunale Planungssicherheit

Wir fragen die Landesregierung:

1. Was plant die Landesregierung genau zur Ausgestaltung des verpflichtenden Kita-Jahres?
2. Wie wirkt sich die geplante Ausgestaltung nach Einschätzung der Landesregierung auf die Trägerautonomie freier und kirchlicher Einrichtungen aus, mit der Bitte um Erläuterung etwaiger Mitwirkungs- und Übergangsregelungen?
3. Welche Gesamtkosten werden für die dauerhafte Einführung des Vorhabens veranschlagt, mit der Bitte um Aufschlüsselung nach Kommunen und gegebenenfalls Bund?
4. Wie setzt sich der öffentlich genannte Finanzbedarf von rund 600 Millionen Euro zusammen, mit der Bitte um Angabe der Berechnungsgrundlage und der Einordnung in die mittelfristige Finanzplanung des Landes?
5. Welcher Zeitpunkt des Inkrafttretens ist vorgesehen, mit der Bitte um Angabe der geplanten Umsetzungsschritte und ihres Zeitrahmens?
6. In welchem Umfang werden den Kommunen die durch das Vorhaben entstehenden Aufwendungen erstattet, mit der Bitte um Darstellung der vorgesehenen Regelungen zu Personal- und Infrastrukturkosten?
7. Welche verbindlichen Informationen und Vorgaben erhalten die Kommunen zum gegenwärtigen Zeitpunkt, mit der Bitte um Darstellung, wie sie ihre Kita-Planung hinsichtlich Plätzen, Personal und Haushalt auf das Vorhaben ausrichten können?
8. Welchen zusätzlichen Personalbedarf an pädagogischen Fachkräften ermittelt die Landesregierung, mit der Bitte um Angabe der vorgesehenen Maßnahmen und des Zeitraums zur Deckung dieses Bedarfs?
9. Auf welchen Betreuungsumfang erstreckt sich die Gebührenfreiheit und welche Kostenpositionen sind umfasst, mit der Bitte um Angabe, welche Leistungen Träger gegenüber Eltern weiterhin in Rechnung stellen können?

10. Welche Ausnahme-, Alternativ- oder Kompensationsregelungen sind für Familien mit häuslicher oder anderweitiger Betreuung vorgesehen, mit der Bitte um Darstellung der verfassungsrechtlichen Vereinbarkeit mit dem Elternrecht aus Art. 6 Abs. 2 GG?

24.7.2026

Knorr, Hörner, Boutakoglou AfD